

ZEITGESCHICHTE

## Tausende Exekutionen

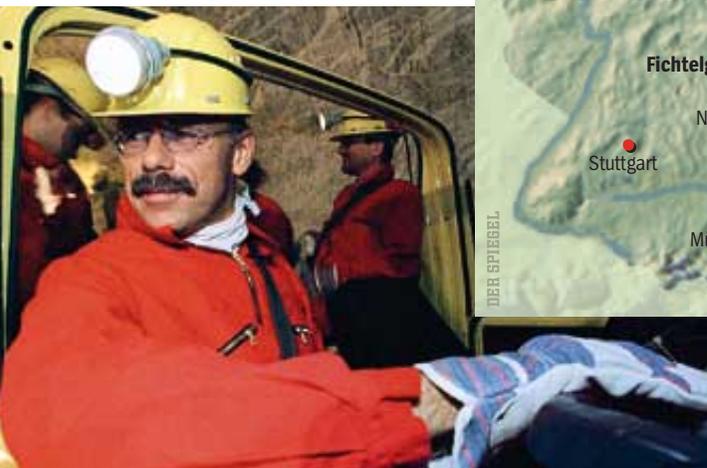
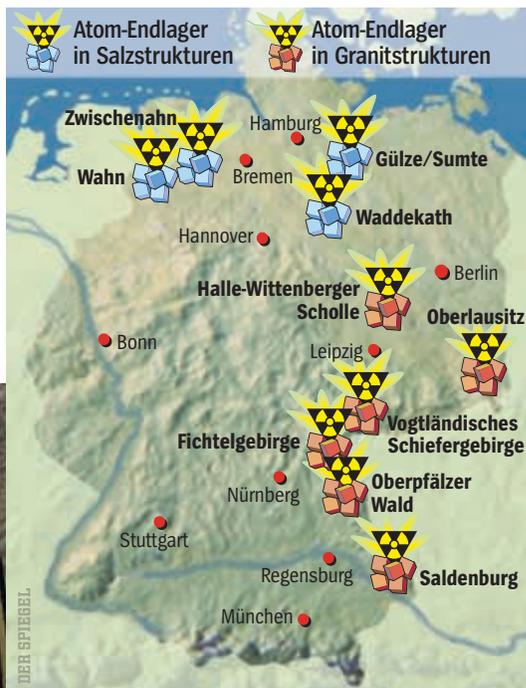
Die Sowjets haben nach dem Zweiten Weltkrieg weit mehr Deutsche in ihrer Besatzungszone hingerichtet als bisher angenommen. Dem Dresdner Historiker Klaus-Dieter Müller zufolge belegen Moskauer Unterlagen, dass die Sowjets zwischen 1945 und 1953 6000 bis 8000 Deutsche hingerichtet haben. Bisher gingen Historiker von einigen hundert Fällen aus. Stalin hatte während des Vormarsches der Roten Armee 1944/45 in Osteuropa und den ehemaligen deutschen Ostgebieten mehr als 200 000 deutsche Zivilisten verhaften lassen und zur Sklavenarbeit gezwungen. In ihrer Besatzungszone nahmen die Sowjets später noch einmal so viele Personen fest. Stalins Innenminister Lawrentij Berija hatte im Geheimbefehl Nr. 00315 angeordnet, verdächtige Personen, wie etwa aktive NSDAP-Mitglieder oder Journalisten, zu verhaften. Sowjetische Militärtribunale verurteilten ungefähr 60 000 Menschen wegen angeblicher NS-Vergehen oder so genannter Verbrechen gegen die Besatzungsmacht und die DDR. Mindestens ein Fünftel davon starb an den Haftbedingungen oder wurde hingerichtet.

Privatwohnungen. Die Ermittlungen in diesem Verfahren richten sich gegen sechs aktive, aber ehemalige Spitzenmanager des Konzerns, darunter das Vorstandsmitglied der Thyssen Krupp AG, Eckhard Rohkamm, wegen des Verdachts auf Körperschaftsteuerhinterziehung.

Bei dem Verkauf von 36 „Fuchs“-Panzerfahrzeugen nach Saudi-Arabien 1991 hatte das Unternehmen fast 50 Prozent des Auftragswertes als Provisionen an dortige Geschäftspartner geltend gemacht, um sie als Betriebsausgabe abzusetzen. Die Staatsanwälte gehen jedoch davon aus, dass die Gelder, die über Briefkastenfirmen in Panama und auf den britischen Virgin Islands liefen, tatsächlich „wirtschaftlich im Einflussbereich des ehemaligen Thyssen-Konzerns verblieben“ seien.

Bei dem Geschäft mit einem Volumen von insgesamt 440 Millionen Mark flossen 220 Millionen Mark an Provisionen. Staatsanwaltliche Ermittlungen wegen angeblicher Schmiergeldzahlungen beim Panzerdeal gegen den Lobbyisten Karlheinz Schreiber lösten im Herbst vorigen Jahres die CDU-Parteispenden-Affäre aus.

ländischen Schiefergebirge bei Kirchberg, in der Oberlausitz sowie in der „Halle-Wittenberger Scholle“ zwischen Torgau und Wittenberg. Umweltminister Trittin betonte vergangene Woche, der Arbeitskreis werde vor einer Festlegung auf ein neues Endlager zunächst einen Kriterienkatalog erstellen, um anschließend entsprechende Standorte zu untersuchen. Trittin: „Wir werden nicht wie in Gorleben erst buddeln und dann prüfen.“



Trittin (bei einem Besuch im Salzstock von Gorleben 1999)